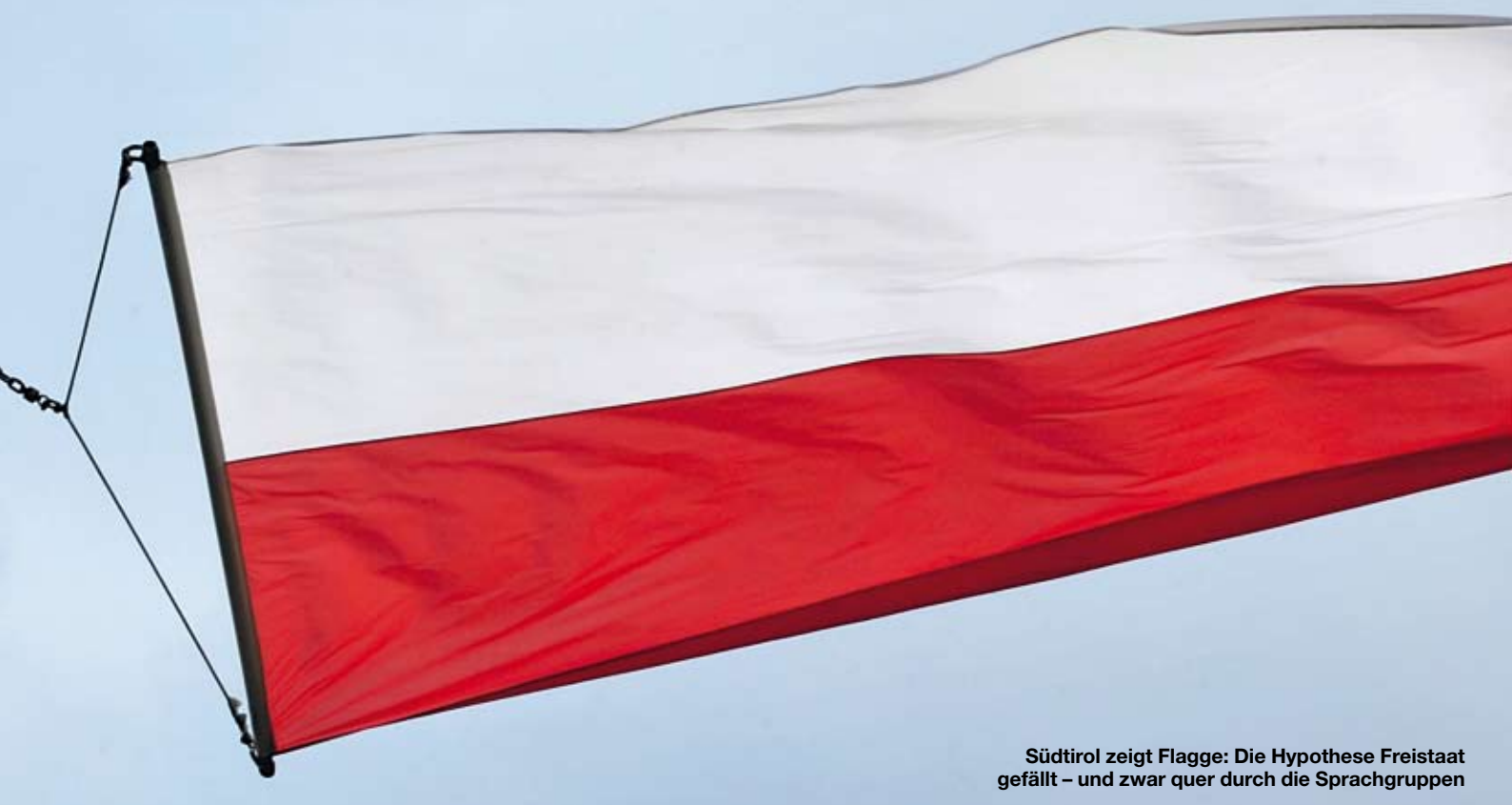


„Eine überaus

Selbstbestimmung als erster Schritt für einen Wiederanschluss an Österreich? Es war einmal. Jetzt fasziniert eine völlig neue Perspektive: Deutsche, Italiener und Ladinier träumen gemeinsam vom Freistaat Südtirol. Weil das kranke Italien keine Zukunft bietet.

von Norbert Dall'Ö



Südtirol zeigt Flagge: Die Hypothese Freistaat gefällt – und zwar quer durch die Sprachgruppen

Ma se facciamo la Selbstbestimmung, poi Berlusconi ci manda i Panzer?“ Die Situation entbehrte nicht einer gewissen Komik. Montag, 17. Februar, Cusanus-Akademie in Brixen: Das Thema lautete: „Vision Freistaat“. Eva Klotz, Pius Leitner und Martha Stocker hatten soeben ihre bekannten Positionen zum Thema erläutert, jetzt war Riccardo

dello Sbarba an der Reihe. Was würde der Grünen-Politiker, der Italiener schon anderes sagen als die übliche Litanei vom friedlichen Zusammenleben und die Warnung, nicht mit dem Feuer der ethnischen Konfrontation zu spielen?

Dello Sbarba begann seine Ausführungen also mit einem Witz: Ob Berlusconi die Panzer schickt, sagte er schmunzelnd, hänge davon ab, „ob der italienische

Staat noch genügend Geld in der Kassa hat, um seine Panzer aufzutanken“. Heiterkeit im Saal. Es sollte aber nicht lange dauern, und man konnte feststellen: Dello Sbarba hatte gar keinen Witz gemacht. Ihm war durchaus ernst zumute. An diesem Abend sollte erstmals in der Geschichte Südtirols ein italienischer Politiker, bis vor Kurzem immerhin Präsident des Südtiroler Landtags, die „Vision Frei-

reizvolle Idee“



„Die dynamische
Autonomie **ist tot.**
Wir brauchen eine
neue Perspektive.“

SVP-Politiker Karl Zeller

„Freistaat Südtirol?
Wenn **einige**
Bedingungen erfüllt
wären, dann ...“

Grünen-Politiker Riccardo dello Sbarba

staat“ wenn sich nicht zu eigen machen, so doch mit ihr koketieren. Kein Njet und auch keine Drohgebärden also, sondern ein Auflisten von – durchaus nachvollziehbaren – Bedingungen, die notwendig seien, um diese „Vision“ konkret anzupeilen. Wer den Ausführungen aufmerksam lauschte, fragte sich: Hatte Delo Sbarba soeben eine Lanze für den Freistaat Südtirol gebrochen?

Ein Gespenst geht um im Lande: Bis vor Kurzem war das Thema Selbstbestimmung im rechten Eck der Ethnokrieger eingekesselt, ein Steckenpferd von Eva Klotz, Sepp Mitterdorfer und den Schützen; Selbstbestimmung wurde immer mit einer Rückkehr in die Vergangenheit übersetzt, mit einem Wiederanschluss an Österreich; wer von der bequemen Autobahn der Autonomie ausscherte, die uns

so viele Vorteile, Glück, Reichtum und Frieden beschert hat, wurde von den Realos als Ewigestriger, als verantwortungsloser Hasardeur oder bestenfalls als Träumer gebrandmarkt. Jetzt scheint sich der Wind gedreht zu haben.

Ursachen für die Änderung der politischen Großwetterlage gibt es zuhauf:

- Während die christdemokratischen und Mitte-links-Regierungen in Rom sich im-

mer sehr aufgeschlossen gegenüber der Südtirolautonomie und dem Minderheitenschutz gezeigt haben, segelt die derzeitige Mitte-rechts-Regierung auf Kollisionskurs; als Landeshauptmann Luis Durnwalder am Montag Wien besuchte, informierte er dezidiert „die Schutzmacht Österreich“ über die „Spannungen“ und

- Die Wirtschaft Südtirols fühlt sich vom italienischen Staat und seiner Steuer-gesetzgebung immer mehr eingeengt und gegenüber der Konkurrenz in den Nachbarländern benachteiligt;
- Schließlich die SVP: Sie befindet sich in der schwersten Krise ihrer Geschichte; in der Sammelpartei steht nicht nur

Und dann spricht Zeller konkret an, was er unter dieser neuen Phase versteht: „Ein Zurück an Österreich ist ausgeschlossen, wir brauchen ein neues Modell, einen neuen Status für unser Land – vielleicht nach dem Modell Liechtenstein. Wir müssen darüber nachdenken, und zwar gemeinsam mit den Italienern



Foto: Oliver Oppitz



Foto: Alexander Alber

„Rechtlich schier unmöglich, aber politisch und gesellschaftlich ist die Idee Freistaat höchst reizvoll“: Autonomiepolitiker Karl Zeller, Autonomieexperte Francesco Palermo

die „Reibereien“ zwischen Südtirol und der Regierung in Rom;

- Seit den Siebzigerjahren war die Autonomie dadurch gekennzeichnet, dass immer mehr Kompetenzen und Zuständigkeiten an Bozen übertragen wurden; diese Phase scheint jetzt beendet;
- Wirtschaftskrise und chronischer Finanzmangel haben in Rom zu Ressentiments gegenüber den „reichen Regionen“ des Nordens geführt; immer lauter werden Forderungen nach einer „Umverteilung“ und nach einem „Ende der Privilegien“. Südtirol, so der Grundtenor, dürfe „nicht noch mehr bekommen“, sondern müsse gleich behandelt werden wie alle anderen Regionen;

ein Köpferrollen an, sondern auch eine politische Neupositionierung – man sucht nach neuen Inhalten und Visionen, um die Südtiroler wieder „für etwas begeistern“ zu können.

„Die dynamische Autonomie ist tot“: Karl Zeller, mit seinem Parlamentskollegen Siegfried Brugger der autonomiepolitische Kopf der SVP, bricht mit einem Tabu und signalisiert die neue Marschroute: „Da Rom keinerlei Bereitschaft zeigt, Südtirol zusätzliche Kompetenzen zu übertragen, ja uns eher etwas von dem wegnehmen will, was wir uns erkämpft haben, müssen wir über eine neue Phase der Südtirolautonomie nachdenken“.

dieses Landes.“ Gemeinsam mit den Italienern: Es wäre die kopernikanische Wende in der Selbstbestimmungsdebatte.

Dass Zellers Vorstoß nicht ins Leere geht, zeigt die überraschende Antwort, die der wohl beschlagenste italienische Autonomieexperte Südtirols auf die Frage nach einem möglichen Freistaat Südtirol gibt – Francesco Palermo: „Das war immer ein heikles Thema, das man nicht gern angesprochen hat. Leider. Es war ein Fehler. Intellektuell finde ich es wichtig und notwendig, die Frage nach einem möglichen Freistaat zu stellen. Ein reizvolles Thema.“ Palermo ist immerhin Direktor des Institutes für Föderalismus und Regionalismus an der Eurac in Bo-

zen. Und er spricht auch im Namen anderer italienischsprachiger Südtiroler, die – man mag es kaum glauben – seit Jahren schon für die Vision Freistaat Südtirol die Trommel rühren. Dabei ist der Begriff Freistaat durchaus wörtlich zu nehmen: Gemeint ist nicht etwa eine plakative Form des Patriotismus nach bayerischem



Foto: Archiv

„Parliamone“: Riccardo Dello Sbarba schlägt die Tür nicht zu

Modell, sondern ein eigenständiger Staat, eine souveräne Nation. Über die Details gehen die Meinungen auseinander (siehe Kasten), aber die Zielrichtung ist klar: von der dynamischen Autonomie hin zur Abnabelung.

So sieht es auch Gabriele Di Luca. Der Brixner Lehrer und Autor gehört zu den aktivsten Teilnehmern des Internet-Blogs namens „Brennerbasisdemokratie“. Wer dahinter eine Bewegung vermutet, die gegen den BBT mobil macht, irrt. Die BBD ist eine lose Vereinigung von Südtirolern aller drei Sprachgruppen, die politisch eher in der linken Mitte oder bei den Grünen beheimatet sind – und für die Selbstbestimmung eintreten.

Das Manifest für ein „souveränes Südtirol“



Foto: Archiv

„Labor für die Unabhängigkeit“: Sprachgruppenübergreifende Selbstbestimmung

Die Plattform, die sich im Internet trifft, nennt sich „Brennerbasisdemokratie“, besteht aus Südtirolern aller Sprachgruppen, und ist laut Eigendefinition der Selbstbestimmung verpflichtet. Grundlage der heiß geführten Diskussion ist ein „Manifest“, das die Selbstbestimmung auf eine völlig neue Ebene stellt und das wir hier auszugsweise veröffentlichen:

1. Südtirol ist ein Land mit Anspruch auf Unabhängigkeit, sobald es die Mehrheit der Südtiroler aller Sprachgruppen wünscht;
2. Südtiroler in diesem Sinne ist jeder in Südtirol ansässige Mensch, ungeachtet seiner Herkunft, Sprache, Hautfarbe und Religion;
3. Aus der politischen Überzeugung heraus, dass der heutige juristische und institutionelle Rahmen als autonome Provinz der besonderen Situation Südtirols als mehrsprachiges Land nicht mehr gerecht wird, keine angemessene Grundlage für die künftige kulturelle, soziale, wirtschaftliche und wissenschaftliche Entfaltung Südtirols mehr darstellt (...), macht sich die Plattform für Selbstbestimmung für die Erlangung der Unabhängigkeit in basisdemokratischer Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes stark;
4. Die Loslösung vom Staate Italien hat im Zusammenspiel der Sprachgruppen und der sozialen Schichten im Lande zu erfolgen. Eine vorbereitende Phase der Konsensbildung wird angestrebt und gefördert;

5. Die Grundrechte sämtlicher Sprachgruppen müssen auch nach der Loslösung vom Staat Italien gewahrt bleiben; ein entsprechender »Schlüssel« für Konsenslösungen soll verhindern, dass Mehrheitsentscheidungen die Rechte einer Sprachgruppe beschneiden (Vertrauensbasis);
6. Die Erlangung der Unabhängigkeit hat auf territorialer, nicht auf ethnischer Grundlage zu erfolgen; (...)
7. Das Recht auf Selbstbestimmung der Ladiner mit ihrem geschlossenen Siedlungsgebiet bleibt ausdrücklich unangestastet;
8. Die Plattform bekennt sich zur Europäischen Union als Rahmen ihres politischen Handelns;
9. Die Plattform verurteilt ausdrücklich die Anwendung nichtdemokratischer oder gar gewaltsamer Mittel auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Soweit der Text des „Manifestes“, das die bisherige Sichtweise der Selbstbestimmung auf den Kopf stellt. Michele Di



Foto: Archiv

„Neue Perspektiven eröffnen“: Selbstbestimmungsbefürworter Michele Di Luca

Luca, einer der Betreiber der Plattform, bringt es auf den Punkt: „Die Beibehaltung der äußeren Grenzen hat in Südtirol zu einer Erstarkung der ethnischen Grenzen geführt. Ein von den Nationalstaaten unabhängiges Südtirol würde neue Perspektiven eröffnen und die Lösung jener Probleme ermöglichen, die nur hier, in einem mehrsprachigen Land, verstanden werden können – und weder in Rom noch in Wien.“

Herzstück des Blogs ist ein Manifest, in dem auf Deutsch und auf Italienisch 13 Punkte aufgelistet sind, die zu diesem Ziel führen (siehe Kasten). Di Luca: „Bislang war die Selbstbestimmung von Eva Klotz unter Beschlag. Mit ihrem revanchistischen Ansatz, der unweigerlich gegen die Italiener in Südtirol gerichtet ist, können und wollen wir nichts anfangen. Uns geht es darum, dieses Anliegen gemeinsam mit allen Sprachgruppen dieses Landes voranzubringen. Also nicht gegeneinander, sondern miteinander, nicht zurück nach Österreich, also von einem Staat zum anderen wechseln, sondern vorwärts in Richtung eines selbstständigen Südtirols im Herzen Europas.“

Hirngespinnste eines Einzelgängers? Von wegen. Der Internet-Blog ist nicht nur sehr gut besucht mit Dutzenden eifriger Landsleute, die News zum Thema Selbstbestimmung austauschen, sondern hat weitere Blogs ins Leben gerufen: so zum Beispiel „blau“ (www.blaun.wordpress.com) von Valentino Liberto. Liber-

„Nicht zurück nach Österreich, sondern vorwärts in Richtung Selbstständigkeit.“

Michele Di Luca

to, Jahrgang 1989, ist Brixner, Italiener, Student an der Uni Bozen, sympathisiert mit den Grünen – und rührt die Trommel für die „Gesamtsüdtiroler Sovranität“.

Das macht Ermanno Neri Viganò auch. Viganò stammt aus der Lombardei, ist Journalist, lebt seit 2005 in Südtirol, ist Feuer und Flamme für Durnwalder – und glühender Verfechter eines eigenständigen „Stato del Tirolo“. Seine Vereinigung „Parliamoci“ hat im Herbst 2008 eine Umfrage durchgeführt.

Die Zielpopulation umfasste italienisch- und gemischtsprachige Südtiroler

im Alter zwischen 18 und 40 Jahren. Auf die Frage: „Finden Sie die Hypothese eines Freistaates Südtirol interessant?“ antworteten erstaunliche 35 Prozent mit Ja, 49 Prozent mit „Ich weiß nicht“ und nur 25 Prozent mit Nein. Viganò: „Die neuen Generationen der italienischen Südtiroler denken nicht mehr nach ideologischen, sondern nach praktischen Kriterien. Sie haben längst verstanden, dass Südtirol ungleich besser verwaltet wird als der Rest Italiens. Die Idee eines Freistaates macht ihnen folglich nicht Angst, sondern stellt eine reizvolle Hypothese dar.“

Wie seriös aus wissenschaftlicher Sicht Viganòs Meinungserhebung ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Tatsache ist, dass von Wahl zu Wahl immer mehr Italiener zu einer Südtiroler Partei tendieren (vor allem zur SVP und insbesondere zu Landeshauptmann Durnwalder), weil sie von den italienischen nationalen Parteien „schlichtwegs angewidert“ (Viganò) sind. Und, dass zweitens, wie Francesco Palermo zu beden-

Schritte hin zum Freistaat



Selbstbestimmungskundgebung auf Castelfeder: „Zurück zu Österreich ist undenkbar.“

Foto: Seehauser/Suedtirolfoto.com

Die Hypothese, Südtirol in einen Freistaat zu verwandeln, ist auf den ersten Blick unrealistisch. Die Abtrennung von einem Staate ist illegal und würde auch von Europa nicht akzeptiert werden. Andererseits, erinnert der Eurac-Autonomieexperte Francesco Palermo, „ist wohl die Hälfte der derzeitigen Staaten auf illegale Weise entstanden“, zuletzt das Kosovo. Es gehe also darum, „Fantasie walten“ zu lassen. Dieser Meinung ist auch

der SVP-Politiker Karl Zeller, der auch gleich eine Vorbedingung stellt, die aus seiner Sicht als revolutionär bezeichnet werden muss: „Die Selbstbestimmung kann nicht zum Ziel haben, unser Land wieder an Österreich anzuschließen. Sondern es muss darum gehen, gemeinsam mit allen Sprachgruppen unseres Landes die Möglichkeit einer Selbstständigkeit auszuloten.“ Die klügste Taktik könnte laut Zeller darin bestehen, zu-

nächst die noch ausstehenden Kompetenzen einzufordern, nämlich: Steuereinnahmeagenturen, Sozialversicherung INPS, Zollwesen, Domänengüter, das Verwaltungspersonal am Gericht, die Koordinierung der Sicherheitskräfte, Abschaffung des Regierungskommissars. Post und Eisenbahn müssten ebenfalls in Südtiroler Zuständigkeit übergehen. Hierbei handelt es sich aber nicht um Kompetenzen, sondern um Dienste. Laut Francesco Palermo bedeute eine De-facto-Selbstständigkeit zwar die Souveränität, aber nicht unbedingt, dass Südtirol sämtliche Gebiete abdecken muss: So könnten etwa die Gerichtsbarkeit sowie die Außen- und Innenpolitik in Absprache mit Rom, Wien und Brüssel ausgeklammert bleiben. Jedenfalls seien „kreative und vorsichtige Schritte“ erforderlich. Palermo erinnert daran, dass die Idee Freistaat mit einer Neudefinition des Autonomiestatutes einhergehen muss: „Eine heikle Sache, die zwischen den Sprachgruppen und auch international abgeklärt werden muss.“ Jedenfalls ist der Weg hin zum Freistaat kompliziert und lang. Aber das, meint Zeller, sei beim Autonomiestatut nicht anders gewesen: „Auch dafür mussten wir zwanzig Jahre kämpfen.“



Foto: Seehauser/Suedthorfoto.com

Auftakt zur dynamischen Autonomie: Der 1992 auf der SVP-Landesversammlung (im Bild Obmann Riz mit Magnago und Durnwalder) gestartete Prozess ist in einer Sackgasse.

ken gibt, die Idee Freistaat nicht zuletzt für die hier lebenden Italiener eine Chance darstelle, sich endlich mit diesem Land zu identifizieren.

Bislang haben „i tedeschi“ das Ruder in der Hand. Die gesamte Geschichte der

Autonomie ist eine Geschichte der deutschen und ladinischen Sammelpartei. Italiener wie der DC-Politiker Alcide Berloffa spielten im Kampf um Zuständigkeiten und Garantien nur die Rolle eines Vermittlers zwischen Bozen und Rom. So

sehr auch stets beteuert wurde, dass die Autonomie allen Sprachgruppen zugutekomme, die Italiener empfanden sie aufgezwungen und zum Vorteil vor allem der immer stärker und mächtiger werdenden deutschen Sprachgruppe.

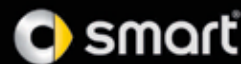
„Die Zukunft liegt in der Verbesserung der Autonomie, nicht in der Selbstbestimmung“, dozierte auf der Brixner Tagung der Politikwissenschaftler Günther Pallaver. Pallaver malte das Schreckensbild von einem „bewaffneten Kampf“, ja von einem „dantesken Höllenszenarium“ an die Wand der Cusanus-Akademie – Zuhörer wie Michele Di Luca oder Valentino Liberto vermochte er damit freilich nicht zu beeindrucken: „Dazu würde es kommen, wenn die Selbstbestimmung als ethnischer Kampf vorangetrieben würde. Unser Projekt hingegen erhebt den Anspruch, die Situation für alle Sprachgruppen gleichermaßen zu verbessern.“

„Ein Glasperlenspiel, und ein gefährliches noch dazu“. Der Europaexperte der Eurac Gabriel von Toggenburg ist

smart ist eine Marke der Daimler AG.

instinct

smart Black Tie
limited edition
ab 8.890 €*



open your mind.

OMA
I HONDI GERN
4ever

>> 2.000 € wenn du deine Oma dazu überredest, ihr Auto zu verschrotten.

*inklusive staatliche Förderung von 1.500 € und 500 € smart Beitrag, MwSt. und Zulassung (ausgenommen IPT).

Beitrag gültig auf alle Modelle. smart fortwo coupé 52 kW mhd Black Tie, mit Chromteilen und Leichtmetallfelgen. Gesamtverbrauch (l/100 km): 4,3 – Co₂ – Abgaswerte: (g/km): 103. Initiative mit begrenzter Verfügbarkeit.

Autoindustriale Offizieller Vertragshändler smart
Bozen, Galvanistrasse 41, tel. 0471/550000 • Bruneck, J. G. Mahl Strasse 48, tel. 0474/570000
Trient, via Stella 13, tel. 0461/1735000 • Rovereto, via Brennero 25, tel. 0464/024000
www.autoindustriale.com

Fünf Beispiele von Kleinstaaten

Es gibt acht Kleinstaaten mit weniger als 10.000 km² in Europa: Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Andorra, San Marino, Zypern und Vatikanstadt. Nur wenig größer ist der Kosovo. Südtirol zum Vergleich ist 7.399 km² groß und hat rund eine halbe Million Einwohner.

LIECHTENSTEIN



Einwohnerzahl: 35.000
Entstehung: 1719 von Kaiser Karl VI. zum reichsunmittel-

baren Fürstentum erhoben

Politisches System: Erbmonarchie auf demokratischer Grundlage, Staatsoberhaupt ist der Fürst, fünfköpfige Regierung mit Regierungschef, Einkammerparlament (Landtag) mit 25 Abgeordneten, direkte Demokratie (Abstimmung über Gesetze bei Einreichung von 1500 Unterschriften)

Mitgliedschaften: Uno, EWR

Verteidigung: keine Armee

BIP/Kopf: 130.000 Franken

Positionierung: Bankenplatz, starke Exportindustrie

Spezialität: Briefmarken

LUXEMBURG



Einwohnerzahl: 485.000
Entstehung: 1815 am Wiener Kongress zum Großherzogtum

erhoben, 1867 als neutral erklärt

Politisches System: Konstitutionelle Monarchie in Form parlamentarischer Demokratie, Staatsoberhaupt ist der Großherzog, Premierminister mit 12 Ministern, Abgeordnetenkammer mit 59 Mitgliedern

Mitgliedschaften: EU, Uno

Verteidigung: 1000-köpfige Freiwilligenarmee, beteiligt sich an Nato-Friedensmissionen

BIP/Kopf: 65.900 Dollar

Positionierung: Bankenplatz, Sitz mehrerer europäischer Institutionen

Spezialität: Nationalsprache „Lëtzebuergesch“

ANDORRA



Einwohnerzahl: 84.000
Entstehung: 1806 von Napoleon institutionalisiert, seit

1993 definitiv souveräner Staat

Politisches System: Parlamentarisches Co-Fürstentum, symbolische Staatsoberhäupter sind der spanische Bischof und der französische Staatspräsident, Regierungschef mit Ministern, 28-köpfiges Einkammerparlament

Mitgliedschaften: Uno

Verteidigung: keine Armee, 240 Polizisten

BIP/Kopf: 20.000 Euro

Positionierung: Steueroase ohne Einkommens- und Kapitalsteuer, Wintersportland

Spezialität: Rollhockey

KOSOVO



Einwohnerzahl: 2 Millionen
Entstehung: 2008 Unabhängigkeitserklärung, heute von

56 der 192 Uno-Ländern anerkannt

Politisches System: Republik mit Einkammerparlament (120 Abgeordnete), vom Parlament gewählter Staatpräsident, Premierminister mit 12 Ministern, Überwachung der politischen Entwicklung durch die EU und die Vereinten Nationen

Mitgliedschaften: keine

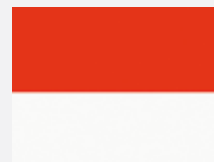
Verteidigung: Armee von 2500 Soldaten und 800 Reservisten

BIP/Kopf: 1500 Euro

Positionierung: Kampf um Anerkennung, enorme Wirtschaftskrise

Spezialität: Wein

MONACO



Einwohnerzahl: 33.000

Entstehung: seit 1911 souveräner Staat, vorher Protektorat von Frankreich

reich

Politisches System: Konstitutionelle Monarchie mit dem Fürsten als Staatsoberhaupt, vierköpfiges Kabinett mit einem vorsitzenden Staatsminister, Einkammerparlament (Nationalrat) mit 24 Abgeordneten

Mitgliedschaften: Uno

Verteidigung: keine Armee, 112 Polizisten

BIP/Kopf: nicht bekannt

Positionierung: Steueroase ohne Steuerpflicht für Privatpersonen

Spezialität: Spielbank von Monte Carlo



Foto: APA

Faszination Liechtenstein: Das Fürstentum könnte trotz des völlig verschiedenen historischen Werdegangs durchaus ein Modell für den hypothetischen Freistaat Südtirol sein.

kein Freund politischer Abenteuer. Jedes Ansinnen, Südtirol in einen Freistaat verwandeln zu wollen, sei „völlig realitätsfern“. Ähnlich das Urteil von Gerhard Brandstätter, dem Chef des SVP-Wirtschaftsflügels: „Wir müssen uns schon bewusst sein, dass Europa eine Grenzveränderung unter keinen Umständen zulassen würde.“ Andererseits, öffnet Brandstätter die Tür dann doch ein bisschen, „andererseits – wie heißt es doch so schön – I have a dream und Small is beautiful. Ja, ein kleiner Freistaat im Herzen Europas hat schon etwas Reizvolles. Und ich muss sogar sagen, wirtschaftspolitisch würde es auch funktionieren.“

Sein Parteikollege Karl Zeller hat sich jedenfalls schon mal nach Modellen umgesehen. Er, der sein „ganzes politisches Leben für die dynamische Autonomie eingesetzt“ habe und jetzt feststellen müsse, „damit am Ende der Fahrt angelangt“ zu sein, denke zum Beispiel an eine „Kondominiumslösung“, die schrittweise und mit höchster diplomatischer Sorgfalt durchgeführt werden soll. Vor allem gehe es jetzt darum, „mit allen in Südtirol lebenden Menschen“ über den neuen anzustrebenden Status nachzudenken. Dies müsse laut Zeller „eine der ersten Aufgaben auf der Agenda der neuen SVP-Partei“ sein.

Francesco Palermo ist politisch mit Zeller selten einer Meinung, aber in diesem Punkt zollt er ihm jetzt Respekt: „Bislang hat sich die SVP ja selten oder nie darum gekümmert, was die Italiener denken und wünschen. Deshalb hätte ich vermutet, dass die Bevölkerung reif ist für die Idee, das Projekt Freistaat gemeinsam mit allen Sprachgruppen anzugehen – nicht aber die ethnozentrische Politik. Wenn Zeller jetzt von einem sprachgruppenübergreifenden Projekt spricht, dann bedeutet dies eine Art Revolution in der Geschichte der SVP.“

Der Wissenschaftler warnt freilich vor einer übermäßigen Eile: „Ja nichts überstürzen! Ja nicht mit der Selbstbestimmung gleich ins Haus fallen! Ja nicht von vorneherein die Symbole der Staatlichkeit antasten! Denn da würden sowohl Rom als auch Brüssel äußerst sensibel reagieren und jegliche Initiative sofort abblocken.“ Aber Palermo lässt durchblicken, dem Charme namens Freistaat durchaus



„Die Geschichte lässt sich nicht aufhalten“: Freistaat-Befürworter Viganò



Foto: Oliver Oppitz

Für eine Selbstbestimmung, „die jetzt überholt ist“: Eva Klotz

etwas abgewinnen zu können: „In rechtlicher und politischer Hinsicht ist die Sache schwierig, ja fast unmöglich. Politisch und gesellschaftlich ist jede Debatte zu diesem Thema nicht nur faszinierend, sondern sogar notwendig.“ Nicht zuletzt, weil die derzeitige Autonomiepolitik in einer Sackgasse steckt.

Es war der 29. Dezember 1995, als die *Gazzetta Ufficiale* das Staatsgesetz Nr. 28 veröffentlichte, das die sogenannte dynamische Autonomie festschreibt. Obwohl

in der damaligen Regierung Dini ein gewisser Franco Frattini das Amt des Regionenministers bekleidete, war es den SVP-Kammerabgeordneten Brugger und Zeller gelungen, jenen Passus „hineinzuschwindeln“, der aus der Autonomie einen dauerhaften Prozess machte – mit immer mehr Kompetenzen und Zuständigkeiten. Es war jener Passus, den bei der Streitbeilegung auf der SVP-Landesversammlung des Jahres 1992 kaum jemand für möglich gehalten hatte.

Diesen dauerhaften Prozess, der theoretisch zur Vollautonomie führen könnte, hat die Regierung Berlusconi jetzt gestoppt. Jetzt zeigt sich in aller Klarheit, dass Rom und Bozen nicht mehr im Gleichschritt marschieren, sondern sich „Lichtjahre voneinander entfernt“ (Zeller) haben. Jeder Reiz, den die italienische Art zu leben einmal hatte, scheint verschwunden. Jedes Gesetz, das Rom verabschiedet, löst in Bozen Kopfschütteln, ja Entsetzen aus.

Immer deutlicher wird der kulturelle Unterschied zwischen einem Staat, der seiner Probleme nicht mehr Herr wird, und einer blühenden, immer selbstbewussteren Provinz, die längst zum Musterknaben Europas aufgerückt und weltweit zum nachahmenswerten Modell geworden ist – und die jetzt Lust auf Mehr hat.

Wie sich die Zeiten ändern: Noch vor wenigen Jahren hätte die jüngste Aktion der Südtiroler Freiheit für einen Aufschrei gesorgt: Mit einem gleichsam provokanten wie angesichts noch nicht vergessener Bombenjahre etwas geschmacklosem „Ein Tirol“ werben Eva Klotz und Sven Knoll auf landesweit geklebten Plakaten für die Selbstbestimmung. Die Südtiroler aller Sprachgruppen lässt dies kalt, selbst der *Alto Adige* vermag damit keine Skandalstory mehr zu fabrizieren.

Vielleicht hat dieser Ermanno Neri Viganò also doch Recht, wenn er nicht müde wird darauf hinzuweisen, wie sich die Südtiroler Gesellschaft in den vergangenen Jahren verändert – und wie weit sie sich von Italien entfernt habe. Viganò: „Ich habe den Eindruck, auch die derzeitige Krise der SVP ist letztlich auf diese völlig neue Situation zurückzuführen. Die Geschichte lässt sich nicht aufhalten.“